

Telefon 233 - 4 79 10
Telefax 233 - 4 79 03
Frau Dr. Pauletzki
gvo1.rgu@muenchen.de

**Referat für Gesundheit
und Umwelt**
Gesundheitsvorsorge
Frühkindliche Gesundheitsför-
derung
RGU-GVO 1

**Frühkindliche
Schließung der
zugunsten vermehrter Hausbesuche**

**Gesundheitsförderung
Mütter-/Väterberatungsstellen**

14 Anlagen

Beschluss des Gesundheitsausschusses vom 27.04.2005 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Mütter-/Väterberatungsstellen

Das Referat für Gesundheit und Umwelt bietet allen Müttern und Vätern von Säuglingen und Kleinkindern Gesundheitsberatung an. Neben den Hausbesuchen der Kinderkrankenschwestern gibt es derzeit 14 Beratungsstellen (vier davon jedoch vorübergehend geschlossen), die über das Stadtgebiet verteilt sind. Einmal wöchentlich stehen dort eine Ärztin und eine Kinderkrankenschwester an einem Nachmittag bzw. Vormittag zwei bis drei Stunden für alle Fragen der Eltern zur Verfügung.

Inhaltliche Schwerpunkte sind :

- Körperliche Untersuchung des Kindes zur Feststellung von Erkrankungen und Entwicklungsdefiziten mit Beratung
- Steigerung der Kompetenz der Eltern im Hinblick auf eine gute Mutter-/Vater-Kind-Interaktion und Förderung des Kindes, Beratung bei „Schreibabys“, Schlafstörungen und Ernährungsproblemen, Förderung des Stillens
- Förderung von Impfungen, Motivation zur Vorsorgeuntersuchung (sogenannte U-Untersuchung)
- Prävention des plötzlichen Kindstods , Unfallprävention

- Motivation zur Teilnahme an Stadtteilangeboten, Weitergabe von Adressen und
- Motivation zur Kontaktaufnahme mit anderen Müttern, um Vereinsamung und Überlastung vorzubeugen.

Wie die folgende Übersicht zeigt, werden die Mütter-/Väterberatungsstellen recht unterschiedlich in Anspruch genommen. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf die jeweilige Bevölkerungsstruktur in diesen Stadtteilen; auch ist ein Zusammenhang zu sehen mit besonderen Sprechstundenangeboten niedergelassener Ärztinnen/Ärzte im jeweiligen Bezirk. 2003 verteilten sich die insgesamt 4742 Beratungen in Mütter-/Väterberatungssprechstunden auf 951 Kinder. In die Sprechstunden kamen überwiegend gut informierte Mütter/Väter, die motiviert waren, auch andere Angebote in Anspruch zu nehmen.

Stadtbezirk	Straße	Kinder pro Termin (= pro Woche)	vorübergehend geschlossen
4 (Schwabing-West)	Georgenstraße	8	
5 (Au-Haidhausen)	Bazeillesstraße	4	x
7 (Sendling-Westpark)	Bleyerstraße	9	
10 (Moosach)	Nanga-Parbat-Straße	7	
11 (Milbertshofen-Am Hart)	Torquato-Tasso-Str.	4	x
13 (Bogenhausen)	Gebelestraße	12	
13 (Bogenhausen)	Regina-Ullmann-Str.	12	
14 (Berg am Laim)	Echardingerstraße	5	
16 (Ramersdorf-Perlach)	Quiddestraße	9	
18 (Untergiesing-Harlaching)	Rotbuchenstraße	14	
19 (Thalkirchen-Obersendling- Forstenried-Fürstenried- Solln)	Schaffhauserstraße	4	x
22 (Aubing-Lochhausen- Langwied)	Wiesentfellerstraße	5	x
24 (Feldmoching-Hasenberg)	Wintersteinstraße	5	
25 (Laim)	Maxstadtstraße	7	

2. Gründe für die Schließung der Mütter-/Väterberatungsstellen zugunsten von Hausbesuchen

Das Sachgebiet „Frühkindliche Gesundheitsförderung“ musste aufgrund der Haushaltskonsolidierung und Haushaltssicherung in den letzten Jahren erhebliche Personaleinsparungen bewältigen. 5,6 von 16 Stellen für Kinderkrankenschwestern im Außendienst fielen weg. Damit verbunden war eine Reduzierung sowohl der Beratungen in Mütter-/Väterberatungsstellen als auch der Hausbesuche. Mittlerweile sind die Defizite bei den Hausbesuchen jedoch so groß, dass sich das Referat für Gesundheit und Umwelt gezwungen sieht, alle Mütter-/Väterberatungsstellen im Laufe des Jahres 2005 zu schließen. Die Mehrzahl der Räumlichkeiten wird weiterhin als Stammsitz der Kinderkrankenschwestern sowie für Schuleingangsuntersuchungen genutzt.

Positiver Effekt der Schließung der Mütter-/Väterberatungsstellen ist die Möglichkeit der Ressourcenverlagerung zugunsten zielgenauerer und effektiveren Leistungen in Geh-Struktur (Hausbesuche). Mit den freiwerdenden Haushaltsmitteln beziehungsweise der freiwerdenden personellen Kapazität im Wert von zusammengekommen mehr als 90 000 Euro für das Schwesternpersonal und das ärztliche Personal der Mütter-/Väterberatungsstellen können im Rahmen des vorhandenen Budgets **ca. 1140 zusätzliche Hausbesuche pro Jahr** finanziert werden.

Aus folgenden Gründen ist die Ressourcenverlagerung erforderlich:

1. Ohne eine Zuschaltung von Personal für Hausbesuche ist beim jetzigen Stand nicht nur die Quantität der Hausbesuche, sondern auch die Qualität gefährdet.

Derzeit sind 10,4 der 16 für das ganze Stadtgebiet nach dem Rahmenkonzept für die Hausbesuchstätigkeit der Kinderkrankenschwestern (Stadtratsantrag Nr. 244 vom 12.11.1996) ursprünglich vorgesehenen Schwesternstellen besetzt. Dies bedeutet, dass dann nur in den Stadtbezirken Feldmoching – Hasenberg (24), Milbertshofen – Am Hart (11), Ramersdorf – Perlach (16), Hadern (20) und Sendling – Westpark (7) Hausbesuche nach dem Rahmenkonzept, d.h. nach ausgewählten Adressen stattfinden (ab Mai 2005 nur noch in den Stadtbezirken 11 und 16). In allen anderen Bezirken erfolgen Hausbesuche nur noch auf Meldung sowie in Unterkünften und Asylbewerberheimen. Jeweils zwei Schwesternbezirke, in denen nicht mehr nach dem Rahmenkonzept gearbeitet werden kann, wurden zusammengelegt. Wegen der damit verbundenen längeren Wege der Schwestern zu den einzelnen Familien und der schwierigeren Vertretung bei Urlaub und Krankheit ist es mittlerweile jedoch nicht immer möglich, wenigstens alle der gemeldeten Kinder in fachlich angemessener Form zu betreuen. Hausbesuche für Intensivkinder lassen sich nicht mehr zuverlässig verwirklichen. Auch in den Asylbewerberheimen müssen die Hausbesuche öfter hinausgeschoben werden, so dass die Kinder beim ersten Besuch immer älter sind, obwohl gerade in den ersten Tagen nach der Geburt die meisten Probleme auftreten. Wenn die Eltern von sich aus nicht in der Lage sind, den Arzt/die Ärztin, den ASD, das Kinderschutzzentrum oder andere Helfer aufzusuchen, ist eine Begleitung nötig; dies ist nur noch in wenigen brisanten Einzelfällen möglich.

2. Multiproblemfamilien und Familien, die in Armut leben, werden nur durch Hausbesuche, nicht aber durch Mütter-/Väterberatungsgesprächen erreicht.

Das Sachgebiet „Frühkindliche Gesundheitsförderung“ ist vorrangig zuständig für Säuglinge und Kleinkinder, die in Armut leben (Stadtratsantrag Nr. 2617 vom 28.02.01), und für Multiproblemfamilien. Wie die jahrelange Erfahrung gezeigt hat, nehmen aber gerade diese Familien die Mütter-/Väterberatung in der Beratungsstelle nicht in Anspruch. Die einzige, erfolgversprechende Zugangsmöglichkeit zu diesen Familien sind Hausbesuche.

3. Vernachlässigte und misshandelte Kinder werden nur bei Hausbesuchen entdeckt.

Im Gegensatz zu den Hausbesuchen der Kinderkrankenschwestern können Vernachlässigung und Misshandlung in der Mütter-/Väterberatungssprechstunde nur in Ausnahmefällen erkannt werden, da die betroffenen Familien gar nicht in die Beratungsstelle kommen, falsche Aussagen gemacht werden oder eine heile Familie vorgespielt wird.

In der Beschlussvorlage für den Gesundheitsausschuss am 20.01.2005 (Nr. 02-08 / A 01433 „Gegen häusliche Gewalt an Kindern“) wird die besondere Wichtigkeit der Hausbesuche für den Kinderschutz dargestellt. Zur Erkennung betroffener Kinder dürfen Hausbesuche jedoch nicht nur aufgrund von Meldungen durch Kinderärzte, Kliniken, ASD, Hebammen und durch die Familien selbst erfolgen, sondern müssen auch aufgrund der Initiative des Referates erfolgen.

Im Rahmenkonzept von 1997 wurde festgelegt, welche Adressen routinemäßig aufgesucht werden sollen, doch ist eine Arbeit nach diesem Konzept derzeit nur noch in den unter Punkt 1 genannten fünf Stadtbezirken möglich. In allen anderen Stadtbezirken können diese Kinder nicht mehr bei Hausbesuchen entdeckt werden. Immerhin wurden 2002 bei voller Besetzung aller Schwesternstellen unter den 85 vom Sachgebiet betreuten vernachlässigten Kinder, die 2002 erstmals besucht wurden, noch 27 Kinder nur durch die Kinderkrankenschwester entdeckt. Insgesamt wurden 273 vernachlässigte Kinder betreut.

4. Viele der Mütter/Väter, die in die Mütter-/Väterberatungssprechstunde kommen, können auch andere Beratungsangebote in Anspruch nehmen.

Die überwiegende Zahl der in den Mütter-/Väterberatungsstellen vorgestellten Kinder können in anderen Helfernetzen aufgefangen werden. Allerdings ist dies für die Eltern mit Schwierigkeiten verbunden (Wartezeiten, Anmeldung, ungünstige Termine, Kosten, längere Wege). Beratungen werden angeboten durch Hebammen, Kinderärzte (zum Teil werden eigene Ernährungsberatungssprechstunden angeboten), Mütter-/Väterzentren, Erziehungsberatungsstellen, Elternschulen, Donna mobile, Stillgruppen, Spezialambulanzen in Kliniken u.a.. Unserer Erfahrung nach sind die sich in den Mütter-/Väterberatungsstellen Hilfe suchenden Eltern motiviert genug und in der Lage, sich auch an andere Stellen zu wenden. Hausbesuche durch Kinderkrankenschwestern werden dagegen nur für Frühgeborene und auch nur begrenzt von den Kliniken angeboten.

Die vorgeschlagene Maßnahme – Schließung aller Mütter-/Väterberatungsstellen zugunsten vermehrter Hausbesuche – entspricht dem Stadtratsziel 2005, Nr.5:

Das RGU erreicht verstärkt Kinder und Jugendliche in ausgewählten Regionen mit einer Häufung gesundheitlicher Benachteiligungen durch Gesundheitsförderung und Präventionsprogramme.

3. Stellungnahmen der betroffenen Bezirksausschüsse

Alle betroffenen Bezirksausschüsse wurden angehört mit folgendem Ergebnis:

Die Bezirksausschüsse der Stadtbezirke Sendling – Westpark (7) (Anlage 1), Milbertshofen – Am Hart (11) (Anlage 2), Aubing – Lochhausen – Langwied (22) (Anlage 3) und Feldmoching – Hasenberg (24) (Anlage 4) stimmen der vorgeschlagenen Maßnahme zu. Der Bezirksausschuss 7 fordert sogar „darüber hinaus vermehrte Hausbesuche.“

Abgelehnt wird die Maßnahme von den Bezirksausschüssen der Stadtbezirke Thalkirchen – Obersendling - Forstenried – Fürstenried – Solln (19) (Anlage 5) und Laim (25) (Anlage 6). Während der Bezirksausschuss 19 „weiterhin das bisherige Modell befürwortet“ und keine weiteren Ausführungen macht, begründet der Bezirksausschuss 25 seine Entscheidung wie folgt: „Die Mütter-/Väterberatungsstelle ist ein niederschwelliges, ortsnahes Angebot, auf das nicht verzichtet werden kann. Gerade im Einzugsgebiet der Beratungsstelle Maxstadtstraße liegen soziale Brennpunkte, z.B. Maxstadtstraße, Ludlstraße.“ Auch das Referat für Gesundheit und Umwelt hält die Mütter-/Väterberatungsstelle für ein niederschwelliges Angebot, doch trifft für die Brennpunkte in Laim wie auf Seite 4 Punkt 2 ausgeführt auch zu, dass gerade die Familien aus Brennpunkten nicht in die Mütter-/Väterberatungsstelle kommen. Trotz der Nähe kommen Familien aus der Ludlstraße oder Maxstadtstraße nur sehr selten in die Mütter-/Väterberatungsstelle Maxstadtstraße. Die Forderung des Bezirksausschusses „Erhalt der Beratungsstelle sowie zusätzlich eine Verstärkung der Hausbesuche“ ist nicht finanzierbar.

Der Bezirksausschuss Sendling (6) (Anlage 7) plädiert für die Beibehaltung der Mütter-/Väterberatungssprechstunde. „Während jedoch durch Hausbesuche aufgrund der Kürzungen nur noch Familien, die bereits vom ASD gemeldet wurden, erreicht werden, bieten die Beratungsstellen die Möglichkeit, auch die Mütter und Väter zu erreichen, die unsicher sind und die mit der Möglichkeit, kurzfristig, ohne Anmeldung und Kosten die Beratungsstelle aufzusuchen, Entlastung und Hilfe finden, so dass hier wirklich präventiv gearbeitet wird. Die Beratungsstelle in der Bleyerstr. ist mit durchschnittlich 9 Besuchen je Woche, also je Sprechstunde, gut ausgelastet, und deckt offensichtlich einen vorhandenen Bedarf ab, trotz der anderen Angebote der Familienhilfe in Sendling.“ Es wird eine modifizierte Lösung vorgeschlagen: „Zustimmung zu der geplanten Einsparung der Kinderärzte in den Beratungsstellen und Umschichtung der gesparten Kosten zugunsten verstärkter Hausbesuche der Kinderkrankenschwestern. Trotzdem Beibehaltung der wöchentlichen Sprechstunde in den Beratungsstellen, die nun nur noch durch die Kinderkrankenschwester durchgeführt wird; evtl. flexible Sprechstunden der Kinderkrankenschwestern in verschiedenen familienbezogenen Einrichtungen in den Stadtteilen (Kindergärten, Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen etc.).“ Das Referat für Gesundheit und Umwelt hält aus eigener Erfahrung Schwesternsprechstunden für nicht zielführend. 2004 wurden von insgesamt 3822 Beratungen in allen Mütter-/Väterberatungsstellen 1265 ausschließlich durch die Schwester durchgeführt, d.h. 2/3 der Mütter und Väter wollten eine Beratung durch den Arzt/die Ärztin. Auch eine Sprechstunde an variablen Orten und in größerem Zeitabstand als wöchentlich hat sich nicht bewährt, da die Eltern dann nicht spontan kommen. Dies führt dazu, dass die Schwelle für Risikofamilien höher wird.

Der Bezirksausschuss Schwabing – West (4) (Anlage 8) spricht sich dafür aus, nur einen Teil der Einrichtungen zu schließen: „Eine Kombination von Mütter-/Väterberatungsstellen und Hausbesuchen würde sich optimal ergänzen; diese Mischung sollte mit einer Verstärkung der aufsuchenden Familienhilfe nicht völlig aufgegeben werden. Da Wohnungen ja nicht gegen den Willen der Mieter betreten werden können, kann für einzelne Familienmitglieder zumindest die Information über Beratungsstellen ein wichtiger Einstieg in eine Beratung sein. Evtl. könnte man die Beratungsstellen ja an die SBHs anbinden oder pro Region (Nord, Süd, Ost, West) eine aufrecht erhalten.“ Es ist richtig, dass für Mütter und Väter, die keinen Hausbesuch wollen, die Beratungssprechstunde eine Alternative sein kann. Problemfamilien, die bisher nicht den Weg in eine nahe gelegene Mütter-/Väter-beratungsstelle gefunden haben, werden jedoch längere Wege kaum in Kauf nehmen. Es wäre dann ein Angebot für motivierte, aktive Familien, die sich die Hilfe suchen, die sie brauchen. Eine Anbindung an SBHs schreckt Problemfamilien dagegen eher ab, da viele befürchten, Schwierigkeiten und Missstände würden auch dem ASD und Jugendamt bekannt werden und zur Herausnahme des Kindes aus der Familie führen.

Abgelehnt wird die Schließung der Mütter-/Väterberatungsstellen vom Bezirksausschuss Bogenhausen (13) (Anlage 9). „Zumindest sollte in Bogenhausen eine der beiden Anlaufstellen erhalten bleiben, da sie beide sehr stark besucht werden.“ Der Spareffekt und die Verbesserung der Beratung werden in Zweifel gezogen: „Außerdem bestehen erhebliche Zweifel, ob die angesprochenen Problemhaushalte die Kinderkrankenschwestern in ihre Wohnung einlassen. Zudem sind die Hausbesuche zeitaufwändiger, als wenn Eltern mit ihren Kindern zur Beratungsstelle kommen.“ Sicher gibt es Familien, die die Kinderkrankenschwestern nicht in die Wohnung lassen. Allerdings ist dies nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme. Als noch nach der alten Regelung der Hausbesuchstätigkeit vor dem Rahmenkonzept von 1997 gearbeitet wurde, wurden 80% aller Neugeborenen eines Jahrgangs erreicht. 2002, als noch im gesamten Stadtgebiet nach dem Rahmenkonzept und damit Risikoadressen gearbeitet wurde, wurden 27 Kinder entdeckt, die von Gewalt betroffen waren und nicht gemeldet waren, also nur aufgrund der Adresse aufgesucht wurden. Von den entdeckten Kindern mit schwerwiegenden Problemen waren über 50% nicht gemeldet. Bei gemeldeten Kindern ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Eltern mit der Kinderkrankenschwester zusammenarbeiten, da bereits Auffälligkeiten in der Familie offenkundig geworden sind und Maßnahmen des Jugendamtes befürchtet werden.

Zwar hält auch der Bezirksausschuss Au – Haidhausen (5) (Anlage 10) „die Mütter-/Väterberatungsstellen in der derzeit bestehenden Form und bei der derzeit bestehenden Ausrichtung nicht in allen Fällen für sonderlich geeignet, die Personengruppe, für die sie eigentlich bestimmt sind, nämlich Kinder und Jugendliche mit einer gesundheitlichen Benachteiligung durch Gesundheitsförderung und Präventionsprogramme zu erreichen.“ Allerdings stellt der Bezirksausschuss in Frage, dass Hausbesuche diese Personengruppe erreichen. Wie oben beschrieben gelingt es dem Referat für Gesundheit und Umwelt, viele dieser Familien zu erreichen. Allerdings ist dabei erforderlich, dass das Hausbesuchsprogramm nicht als diskriminierend empfunden wird, sondern als Hilfe für jede Familie etabliert bleibt. Auch deshalb will das Referat für Gesundheit und Umwelt wieder mehr Hausbesuche durchführen. Der Bezirksausschuss fordert das Referat für Gesundheit und Umwelt auf, „zumindest in Regionen mit einer verstärkten Häufung von sogenannten Problemfällen, d.h. Stadtbezirken mit vermehrten Aufkommen von Kindern und Jugendlichen mit sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung, auch zukünftig eine niederschwellige Komm-Struktur bereitzuhalten, wenn auch in personell und ggf. organisatorisch veränderter Form. Das RGU sorgt für einen hohen Bekanntheitsgrad dieser Einrichtungen.“ Aus Sicht

des RGU ist eine personell und ggf. organisatorische Veränderung der Mütter-/Väterberatungssprechstunden nicht sinnvoll (siehe oben). Die Beibehaltung von Beratungsstellen in besonderen Regionen führt jedoch dazu, dass das Ziel, mehr Kinder mit Hausbesuchen zu erreichen, immer weniger erreicht wird, die Chance, die Problemfamilien an Mütter-/Väterberatungsstellen anzubinden, jedoch gering bleibt. Für den Bekanntheitsgrad der Beratungsstellen wird bereits derzeit sehr viel getan. Alle Familien erhalten eine schriftliche Information über das Beratungsangebot, in den Geburtskliniken liegen Flyer aus, das Angebot ist in thematisch passenden Informationsbroschüren über Hilfsangebote genannt, es findet sich ein Eintrag im Internet, man kennt die Schwestern und das Angebot im Bezirk seit Jahrzehnten. Eine Steigerung des Bekanntheitsgrades ist nur noch möglich – wie früher geschehen – mit einem Hausbesuch und persönlicher Motivation durch die Schwester. Als mehr Hausbesuche gemacht wurden, kamen auch mehr Familien in die Mütter-/Väterberatungssprechstunde. Beides - mehr Hausbesuche und Beibehaltung der Beratungsstellen - ist gegenwärtig jedoch nicht finanzierbar.

Der Bezirksausschuss Au – Haidhausen stellt außerdem die Frage an das RGU und das Sozialreferat nach einer referatsübergreifenden stärkeren räumlichen Verknüpfung zu Sozialbürgerhäusern und einer Implementierung der Hausbesuche mit Synergieeffekten beim ASD. Wegen der Kürze der Zeit ist eine Beantwortung in dieser Beschlussvorlage nicht möglich. Wir werden eine Stellungnahme des Sozialreferates einholen und den Gesundheitsausschuss zum gegebenen Zeitpunkt hiermit befassen. Grundsätzlich sei jedoch gesagt, dass gerade die Trennung vom ASD den Kinderkrankenschwestern Türen öffnet. Viele Problemfamilien wollen keinerlei Kontakt zum ASD. Unberührt davon ist natürlich das Bemühen der Schwestern, mit dem ASD zusammenzuarbeiten unter Berücksichtigung der Schweigepflicht und Motivation der Eltern, Hilfe vom ASD anzunehmen.

Der Bezirksausschuss Ramersdorf - Perlach (16) (Anlage11) lehnt die Schließung aller Mütter-/Väterberatungen ab und wünscht sich die Beibehaltung des bisherigen Systems sogar mit Verstärkung der Hausbesuchsfrequenzen. Er schlägt vor, durch Zusammenlegung der Beratungsstellen auch „weiterhin eine sinnvolle und ausreichende Beratung für Familien mit Kindern zu gewährleisten.“ Er argumentiert damit, dass viele Familien Hausbesuchen eher ablehnend gegenüberstehen und lieber eine anonyme Beratungsstelle aufsuchen würden.

Ähnlich wie auch beim Bezirksausschuss Schwabing – West oder Bogenhausen, die beide ähnliche Vorbehalte geäußert haben, ist darauf hinzuweisen, dass Problemfamilien, die bisher nicht in die Beratungsstellen gekommen sind, dies erst recht nicht bei längeren Wegestrecken machen werden. Außerdem ist nach Erfahrungen des Referates für Gesundheit und Umwelt die Akzeptanz der Hausbesuche hoch.

Der Bezirksausschuss Untergiesing – Harlaching (18) (Anlage12) stimmt der Beschlussvorlage weitgehend zu, fordert aber den Erhalt der am stärksten frequentierten Mütter-/ Väterberatung in der Rotbuchenstraße.

Nach Vorschlag des RGU kann diesem Wunsch bedauerlicherweise nicht entsprochen werden. Nur durch eine Schließung aller Mütter-/Väterberatungen können nennenswerte Ressourcen für verstärkte Hausbesuchstätigkeiten freigemacht werden, mit der die Hauptzielgruppen der frühkindlichen Gesundheitsförderung (vgl. Seite 4 oben Ziffer 2. und 3.) erreicht werden.

Während der Bezirksausschuss Moosach (10) (Anlage 13) einstimmig der Schließung zugunsten vermehrter Hausbesuche „bei Umschichtung der Mittel auf den Stadtteil (Stellen-

zuschaltung für Hausbesuche)“ zustimmt, möchte der Bezirksausschuss Berg am Laim (14) (Anlage14) zusätzlich noch einige Punkte berücksichtigt haben:

Dem Wunsch des Bezirksausschusses, dass an der ehemaligen Beratungsstelle in Berg am Laim Hinweise auf die in der Vorlage erwähnten sonstigen Beratungsstellen anzubringen sind, kann entsprochen werden.

Dem weiteren Bitten des Bezirksausschusses (Bericht über kommende Hausbesuche in Berg am Laim nach einem Jahr, sowie Erläuterungen, wie in der Praxis Hausbesuche für Problemfamilien gefunden und besucht werden) wird das RGU im bilateralen Kontakt mit dem Bezirksausschuss 14 entsprechen.

Außerdem verweisen wir darauf, dass in Berg am Laim derzeit sehr wohl Hausbesuche stattfinden. Trotz personeller Engpässe und der dadurch bedingten Hausbesuche „auf Abruf“ (es werden nur noch Familien aufgrund von Meldungen - Kinderkliniken, ASD - in allen Asylbewerberheimen, Pensionen und Notquartieren sowie in ganz wenigen von den Kinderkrankenschwestern benannten Ausnahmeadressen besucht) konnten im Jahr 2004 fast 200 Hausbesuche in Berg am Laim durchgeführt werden.

Der Korreferent des Referates für Gesundheit und Umwelt, Herr Stadtrat Klaus Peter Rupp, die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Eva Maria Caim, die Gleichstellungsstelle für Frauen, das Sozialreferat, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Das Referat für Gesundheit und Umwelt schließt bis zum Sommer 2005 alle Mütter-/Väterberatungsstellen zugunsten vermehrt stattfindender Hausbesuche der Kinderkrankenschwestern. Die freiwerdenden Haushaltsmittel zur Beschäftigung freiberuflicher Ärztinnen in den Mütter-/Väterberatungsstellen sowie des städtischen ärztlichen Personals sollen zur Finanzierung von Schwesternpersonal verwendet werden.

2. Folgende Punkte des Beschlusses unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle:

a) Schließung von 14 Mütter-/Väterberatungsstellen

b) Einsatz der dadurch freigewordenen Ressourcen und Haushaltsmittel für zusätzliche Hausbesuche.

III. **Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/in

Joachim Lorenz
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I mit III.

über den stenographischen Sitzungsdienst

an das Revisionsamt

an die Stadtkämmerei

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-GVO 1

an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-GLS-SB

an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-GLS

an die Gleichstellungsstelle für Frauen

an das Sozialreferat

an den Bezirksausschuss 4
an den Bezirksausschuss 5
an den Bezirksausschuss 7
an den Bezirksausschuss 10
an den Bezirksausschuss 11
an den Bezirksausschuss 13
an den Bezirksausschuss 14
an den Bezirksausschuss 16
an den Bezirksausschuss 18
an den Bezirksausschuss 19
an den Bezirksausschuss 22
an den Bezirksausschuss 24
an den Bezirksausschuss 25

V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-GVO 1